

Rheinland-Pfalz

Kooperationsvereinbarung

zwischen dem

**Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz**

und dem

**Netzwerk Friedensbildung
Rheinland-Pfalz**

Zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, vertreten durch *Frau Staatssekretärin Vera Reiß* nachstehend „Bildungsministerium“ genannt,

und

dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz, bestehend aus folgenden Institutionen und Organisationen (Stand 06/2011, dem Netzwerk können weitere Mitglieder beitreten, vorhandene ausscheiden),

- Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland, Koblenz
- Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz, Speyer
- Arbeitsstelle KDV-ZD-FFD der Evangelischen Kirche im Rheinland
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Rheinland-Pfalz
- Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee (DMFK)
- EIRENE - Internationaler Christlicher Friedensdienst, Neuwied
- Förderverein Gedenkstätte für NS-Opfer e.V., Neustadt/W.
- Frauen wagen Frieden- Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit der Pfalz
- Friedensarbeit in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Fachbereich Frieden im Zentrum Ökumene, Frankfurt)
- Friedensinitiative Westpfalz, Landstuhl
- Pax Christi – Bistumsstelle Mainz
- Pax Christi –Bistumsstelle Speyer
- Soziale Friedensdienste im Ausland – SoFiA e.V. im Bistum Trier
- Stiftung Friedensbewegung
- Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V., Kirchberg

nachstehend „Netzwerk Friedensbildung“ genannt,

wird die folgende Vereinbarung geschlossen:

§ 1 Präambel

Nach Art. 29d der **UN-Kinderrechtskonvention** muss die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein, „**das Kind auf verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie Ureinwohnern vorzubereiten**“. Nach § 1 Abs. 2 des Rheinland-Pfälzischen Schulgesetzes erzieht die Schule „**zum gewaltfreien Zusammenleben und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaft**“.

Zur Umsetzung dieser Ziele will diese Vereinbarung zivilgesellschaftlichen Sachverstand und praktische Erfahrung in friedensfördernden Einsatzfeldern für Schulen nutzbar machen.

§ 2 Ziele der Vereinbarung

Im Bildungsauftrag der öffentlichen Schulen ist die friedenspolitische Bildung als Befähigung zur angemessenen Beurteilung internationaler Konflikte, zur Vermittlung von sozialen Kompetenzen im Umgang mit Konflikten im persönlichen und öffentlichen Bereich und zur Mitwirkung bei deren Lösung ein zentraler Bestandteil. Zivile Konfliktbewältigung ist auf Dauer der einzige Weg, gewaltträchtige Konflikte in und zwischen Gesellschaften oder Staaten zu lösen und somit Frieden zu schaffen. Ihr den Vorrang zu geben, entspricht sowohl einer humanistischen als auch der christlichen Ethik, die den Kern der pädagogischen Ausbildung ausmachen.

Auf dieser Grundlage streben die Partner dieser Vereinbarung an die

- Förderung der Kenntnis von nichtmilitärischen Lösungsansätzen in Krisen und Kriegssituationen,
- Verbreitung von Wissen und Vermittlung von Erfahrungen aus zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Friedensförderung, z.B. in den Bereichen: Ursachenforschung, Prävention, Mediation, Konfliktaufarbeitung, Geschichte der Friedensbewegung und Freiwilligendienste,
- Einbeziehung des Netzwerks Friedensbildung in den schulischen Alltag (z.B. durch Gestaltung von Unterrichtsangeboten, Informations- und Diskussionsveranstaltungen) sowie in die Aus- und Weiterbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrerinnen und Lehrern (z.B. durch Materialien und Fortbildungsveranstaltungen).

§ 3
Ablauf der Zusammenarbeit

1. Das Netzwerk Friedensbildung benennt dem Bildungsministerium geeignete Personen, Personengruppen bzw. Organisationen, die auf Grund ihrer Erfahrung und ihrer Kenntnis gemäß der Grundlage dieser Vereinbarung als außerschulische Fachleute den Schulen zur Verfügung stehen.
2. Das Bildungsministerium regelt, dass die Namen der benannten Personen, Personengruppen bzw. Organisationen sowie ihre Schwerpunktthemen und Kontaktdaten in eine Liste aufgenommen werden, die beim pädagogischen Landesinstitut geführt und den Schulen des Landes zur Verfügung gestellt wird.
3. Das Bildungsministerium unterstützt das Netzwerk dabei, die Schulabteilung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektionen sowie die örtlichen Schulen über das Angebot des Netzwerks zu unterrichten und mit ihnen zusammenzuarbeiten.
4. Die zeitliche Gestaltung der Beiträge und die Wahl der Arbeitsform vereinbaren Schule und Experte/Expertin im Einzelfall.
5. Das Netzwerk Friedensbildung und das Bildungsministerium stützen die fachliche und methodische Qualität der Beiträge der Experten durch regelmäßige Fortbildungsangebote und geeignete Methoden der Evaluation.
6. Das Bildungsministerium unterstützt finanziell die Aufwendungen des Netzwerks, insbesondere für Fahrtkostenersatz und Aufwandsentschädigung der eingesetzten Expertinnen und Experten, für die Erstellung von Materialien und für Fortbildung.
7. Das Bildungsministerium wirkt dahin, dass die in der Einleitung dieser Vereinbarung ausgesprochene zivile Friedensorientierung Bestandteil für die Arbeit der Studienseminare und in der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist sowie bei anstehenden Lehrplanrevisionen berücksichtigt wird.
8. In einem jährlichen Gedankenaustausch verschaffen sich Vertreterinnen und Vertreter des Bildungsministeriums und der Vorstand des Netzwerks Friedensbildung einen Überblick über Umfang und Gestaltung der Zusammenarbeit.

§ 4
Kommunikation zwischen den Partnern der Vereinbarung


Die Kommunikation zwischen den Partnern der Vereinbarung erfolgt über die Sprecherin/den Sprecher des Netzwerkes Friedensbildung Rheinland-Pfalz. Sie soll auch per E-Mail stattfinden, um die schnelle Abstimmung zu gewährleisten.

Mainz, den 15. August 2011



(Vera Reiß)

Staatssekretärin im Ministerium
für Bildung Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur



(Friedhelm Schneider)

Sprecher des Netzwerkes Friedensbildung